



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die Abgeordneten des SSW

zu „Politische Diskussion und aktives politisches Handeln in der Schule fördern – fair, sachlich, neutral“ (Drs. 19/ 1109)

2019 ist das Jahr der politischen Bildung in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Politische Bildung in Schule bildet immer eine große Bandbreite von Meinungen und Perspektiven ab. Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung, wie im Beutelsbacher Konsens festgestellt, leiten die politische Bildung an unseren Schulen. Der Beutelsbacher Konsens verpflichtet Lehrkräfte dabei zu parteipolitischer Neutralität und gegen Indoktrination, aber nicht zur Wertneutralität.

Damit werden die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt sich (selbst-)kritisch mit verschiedenen Positionen auseinanderzusetzen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Der Landtag begrüßt dieses Prinzip, das auf der Basis der freien und demokratischen Meinungsbildung beruht.

Der Landtag stellt fest, dass Lehrerinnen und Lehrer einen essentiellen Beitrag zur Demokratiebildung der Schülerinnen und Schüler leisten. Für eine aktive Demokratie ist es wichtig unseren Schülerinnen und Schülern so früh wie möglich die zahlreichen Möglichkeiten der Mitgestaltung in einer demokratischen Gesellschaft nahe zu bringen.

Der Landtag begrüßt die Durchführung eines Jahres der politischen Bildung zum 70jährigen Bestehen des Grundgesetzes und zum 30. Jahrestag des Mauerfalls.

Vielfältige Angebote werden Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein für politische Bildung begeistern. Besonders hervorzuheben ist das Programm „Dialog P“ in dessen Rahmen Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtags direkt mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch kommen werden.

Weiter wird parallel zur Europawahl eine „Juniorwahl KIDS“ durchgeführt, die bereits Grundschülerinnen und Grundschüler spielerisch an Demokratie heranführen wird. Daneben werden auch viele weitere Veranstaltungsformate, zum Beispiel Barcamps und ein Schülerlabor, dazu beitragen, dass das Jahr der politischen Bildung flächendeckend im Land erlebbar sein wird. Um eine zukunftsfähige Demokratiebildung in unserer Gesellschaft zu gewährleisten ist es wichtig, dass auch Lehrerinnen und Lehrer durch Projektdatenbanken, Leitfäden und Fortbildungen in diesen Bereichen besser unterstützt werden.

Politische Bildung muss auch weiter fundiert erforscht werden, deshalb begrüßt der Landtag die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der international vergleichenden „Civic Education Study“ zur Beurteilung und zur Auswertung der politischen Bildung von Jugendlichen in unserem Bundesland.

Der schleswig-holsteinische Landtag setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass die Aktivitäten und Erfahrungen aus dem Jahr der politischen Bildung verstetigt werden und auch in Zukunft dazu beitragen, dass die Demokratiebildung ein noch stärkeres Gewicht in unserer Gesellschaft bekommt.

Tobias Loose
und Fraktion

Kai Vogel
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW